

## **Antrag**

### **des Abgeordneten Ströbele und der Fraktion DIE GRÜNEN**

#### **Entlassung Prof. Dr. Meinholds aus seiner Mitarbeit im Sozialbeirat der Bundesregierung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, Prof. Dr. Meinhold aus seiner Mitarbeit im Sozialbeirat der Bundesregierung zu entlassen.

Bonn, den 27. Juni 1986

**Ströbele**

**Borgmann, Hönes, Volmer und Fraktion**

#### **Begründung**

Die Bundesregierung bestätigt in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN betreffend „Ehrung des Vorsitzenden des Sozialbeirats beim Bundesarbeitsministerium Prof. Dr. Meinhold“ (Drucksache 10/5435), daß die Vorwürfe gegen Prof. Dr. Meinhold stimmen: Er war Referent der Sektion Wirtschaft am Institut für Deutsche Ostarbeit und arbeitete in dieser Eigenschaft dem Generalgouverneur Hans Frank unmittelbar zu. Er gehörte seit 1943 – ausgestattet mit einem Sonderauftrag – der Regierung des Generalgouvernements an. Für diese Tätigkeit erhielt er 1944 einen Verdienstorden. Prof. Dr. Meinhold wird seine Gründe dafür haben, warum er dieses Faktum in seinen bisher veröffentlichten Biographien stets unterschlug. In seinen Wirtschaftsexpertisen erwog Prof. Dr. Meinhold die Möglichkeit der Aussiedlung aller Polen, er verlangte eine „Herabsetzung der Bevölkerungsdichte des Generalgouvernements“ und sah seine wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Zielsetzungen durch die „Lösung der Judenfrage“ erreicht, wenn auch nur zum Teil. Er unterstützte „vor allem die Möglichkeit (...), daß durch die Regelung der Judenfrage eine Anzahl von Arbeitsplätzen frei wird und gleichzeitig eine allerdings nicht ausreichende Verminderung der Volkszahl eintritt“. Wer in solchen Äußerungen eine „rein terminologische Anpassung“ sieht, verharmlost die verbrecherische Dimension nazistischer Schreibtischtaten und unterschlägt die

Tatsache, daß sich die Wissenschaftler am Institut für Deutsche Ostarbeit – auch Helmut Meinhold – bewußt und begeistert in den Dienst des Deutschen Besatzungsregimes in Polen gestellt haben. Ohne die immer umfangreicher werdenden wissenschaftlichen Planungen hätte die Vernichtungspolitik des NS-Staates niemals in dieser Perfektion und Effizienz funktionieren können. (Vergleiche dazu: Susanne Heim/Götz Aly „Ein Berater der Macht. Helmut Meinhold oder der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Judenvernichtung“). Wie wenig Prof. Dr. Meinhold nach dem 8. Mai 1945 über seine eigene Rolle nachgedacht hat und wie sehr ihm der Zusammenhang von Menschenvernichtung und ökonomischer Planung selbstverständlich blieb, zeigt eine im Sommer 1945 abgefaßte Studie über den Wiederaufbau von Groß-Hamburg. Dort heißt es:

„Wir setzten bisher (und werden das auch im folgenden tun) die Absicht voraus, daß die wirtschaftliche Zielsetzung im Augenblick sein muß, lieber die ganze Bevölkerung, wenn auch kümmerlich, zu erhalten, als den einen Teil besser zu versorgen, den anderen Teil umkommen zu lassen. Dann ist es also im obigen Sinne richtiger, von 100 Arbeitern nur 50 zu beschäftigen, welche die anderen 50 bis zu dem Zeitpunkt, in dem sich die Lage wieder bessert, durchschleppen, als wenn 75 arbeiten und 25 verhungern. Voraussetzung dafür ist allerdings die Möglichkeit einer späteren Besserung, die sogleich erörtert werden soll.

Man könnte natürlich auch einen anderen Ausgangspunkt wählen, vor allem dann, wenn man an dieser Möglichkeit zweifelt. Man kann nämlich sagen: Es ist besser, im Kampf ums Dasein bleiben die 75 sich bewährenden am Leben, der Rest kommt sogleich um, als wenn im Endeffekt alle 100 zu Grunde gehen. Ein solcher Standpunkt wäre zu vertreten, wenn es sich wirklich um eine Auslese handelte.“

Wie sehr dieses wirtschaftspolitische Instrumentarium und Vokabular in Prof. Dr. Meinholds Denken verankert ist, war in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur der Bundesrepublik Deutschland weniger sichtbar. Inzwischen sind aber Begriffe wie „Altenberg“, „Rentnerberg“, „Krankenlastenabführung“, „wandernde Probleberge“, „schlechter Bevölkerungsaufbau“ wieder zu ebenso unmenschlichen wie selbstverständlichen Kriterien sozialpolitischer Planung geworden. Der immer umfangreicher werdende Gebrauch dieser Begriffe geht u. a. auf die begriffsbildende Tätigkeit von Prof. Dr. Meinhold im Sozialbeirat der Bundesregierung zurück. Folgerichtigerweise tritt Prof. Dr. Meinhold nun auch für die „Verlängerung der Lebensarbeitszeit“ ein und dafür, daß es keine sozialen Garantien geben darf. Für ihn muß jede sozialpolitische Leistung so hoch sie auch immer sein mag „reversibel bleiben“. Die exponierte Stellung, in der Prof. Dr. Meinhold von 1941 bis 1945 für das NS-Regime gearbeitet hat, seine Vertuschungsversuche, seine Unfähigkeit, selbstkritisch über seine Beteiligung an der NS-Herrschaft nachzudenken und das seiner Methode offensichtlich eigene Prinzip, Menschen seien konjunktur- und wirtschaftspolitischen Überlegungen völlig unterzuord-

nen und sie damit letztlich wieder wie Sachen zu behandeln, lassen den Zustand unhaltbar erscheinen, daß Prof. Dr. Meinhold zu einem der wichtigsten Berater der Bundesregierung aufgestiegen ist, und das auch noch heute, nach Bekanntwerden des Umfanges seiner Tätigkeit im Generalgouvernement bleiben soll.

